

Rede zur Verwaltungsvorlage „Schließung von Hauptschulen“ im Rat – 13.07.10

Die Frage der Schließungen von Hauptschulen hat wie so vieles zwei Seiten: Einerseits sind die Schließungen für die unmittelbar Betroffenen ein schmerzlicher Vorgang, andererseits jedoch darf nicht übersehen werden, dass der sich darin abzeichnende Wandel der Kölner Schullandschaft letztlich zu mehr Chancengerechtigkeit für die Schüler und Schülerinnen führt.

Die fehlende gesellschaftliche Akzeptanz, die sich in einem dramatischen Rückgang der Schülerzahl niederschlägt, entzieht der Hauptschule sozusagen äußerlich die Existenzberechtigung. Wesentlicher für die Existenzberechtigung der Hauptschulen ist jedoch, dass sie als Schulform trotz aller Bemühungen der Kollegien und auch zuletzt der abgewählten Landesregierung - Stichworte Ganztagsoffensive – nicht die beste Schule bzw. beste Schulform für die Schüler und Schülerinnen ist und zwar aufgrund ihrer separierenden Konstruktion nicht sein kann.

Die empirische Schulforschung und die Beispiele aus fast allen vergleichbaren Ländern zeigen, dass längeres gemeinsames Lernen der schulisch bessere Weg ist - und zuletzt noch einmal überzeugend dargestellt auf der Tagung Längeres gemeinsames Lernen hier im Rathaus. Dass wir dem Auseinanderdriften der Gesellschaft auch im Bildungsbereich entgegenwirken müssen, dürfte Konsens sein.

Die Anzahl, aber auch die Art und Weise in der die Schließungen geschehen sollen, ist geprägt von Rücksichtnahme auf die vorhandenen Strukturen. Auch nach erfolgten Schließungen verbleibt eine weit die Nachfrage übersteigende Zahl an Plätzen an Hauptschulen, verteilt über das gesamte Stadtgebiet. Für das Auslaufen gibt es jeweils einen akzeptablen Zeithorizont und den Willen aller Beteiligten, dass den Schülern und Schülerinnen dabei keine Nachteile entstehen.

Wir stehen auch hinter den Kompromiss, der für die Hauptschule Holzheimer Weg gefunden wurde: der Schließungsbeschluss wurde ausgesetzt, so weit es vom Gebäude und baulich möglich ist, wird der Unterricht fortgesetzt. Eine Bedarfsberechnung wird ergeben, ob die Schule in einer anderen Form, etwa als Sekundarstufenschule erhalten bleiben kann, allerdings muss man einschränkend sagen, würde das einen hohen Investitionsaufwand bedeuten. Aus diesen Gründen stimmen wir der Vorlage zu. (Die Vorlage wurde mit Mehrheit angenommen.)